

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik

## Ifo-Chef Sinn fordert „Verbot“ des Flächentarifvertrages

HANDELSBLATT, 21.9.2000

wmu BERLIN. Mit scharfer Kritik an der Überregulierung des deutschen Arbeitsmarktes hat Hans-Werner Sinn, der Präsident des Münchener Ifo-Instituts, am Mittwoch in Berlin die Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik eröffnet. Der deutsche Arbeitsmarkt stehe trotz der konjunkturbedingten Entspannung nicht vor einer Wende zum Besseren, sagte Sinn. Bei der Tagung diskutieren rund 600 deutschsprachige Ökonomen vor allem die Beschäftigungsprobleme des vereinten Deutschlands.

Für Sinn, der den Vorsitz des Vereins für Socialpolitik heute abgibt (siehe Kasten), ist es „wirklich kein Wunder“, dass in Deutschland so viele Jobs fehlen: „Die Arbeit ist schlichtweg zu teuer.“ Die realen Stundenlohnkosten seien seit 1982 hier zu Lande um 40 % gestiegen, während sie in den USA konstant geblieben seien und in den Niederlanden nur um 20 % zugelegt hätten.

Die Beschäftigung habe sich in den Ländern genau spiegelbildlich zu den Löhnen entwickelt, sagte Sinn. Im gleichen Zeitraum sei das Beschäftigungsvolumen in den USA um 40 % gestiegen, in den Niederlanden habe es um 17 % zugelegt, wobei der Einfluss der in den Niederlanden besonders stark gestiegenen Teilzeitarbeit bereits herausgerechnet sei. In Westdeutschland sei das Arbeitsvolumen seit 1982 dagegen um 6 % zurückgegangen.

Nicht nur die absolute Höhe, sondern auch die Lohnstruktur beeinflusst dem Ifo-Chef zufolge den Arbeitsmarkt negativ. Die Hauptursache sieht er in den starren Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes, das die Vereinbarung untertariflicher Löhne verhindere – „selbst dann, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer es gemeinsam wollen“.

Der Flächentarifvertrag sei „eine versteckte Kartellvereinbarung, die

verboten gehört“, so Sinn. Er zeigte sich erstaunt darüber, dass sich die Gewerkschaften darauf nicht einließen: Wenn der Flächentarif aufgegeben werde, könnten die Tarifvereinbarungen höhere Löhne vorsehen. Denn die schwächeren Betriebe seien dann eher in der Lage, nach unten abzuweichen. Die stärkere Lohn-differenzierung führe deshalb insgesamt zu einer höheren Lohnquote. „So gesehen sollten die Gewerkschaften eigentlich die letzten sein, die sich an den Flächentarifvertrag klammern“, sagte Sinn.

Wolfgang Franz und Bernd Fitzenberger (Mannheim) konnten der Forderung nach einem „Verbot“ des Flächentarifs nicht folgen. Dieser sei zwar reformbedürftig und müsse mehr Öffnungsklauseln ermöglichen. Abschaffen solle man den Flächentarif aber nicht. Empirische Studien zeigten, dass dezentrale Lohnverhandlungen nicht immer mehr Beschäftigung brächten.

Großen Reformbedarf konstatierte Sinn bei der Sozialhilfe, vor allem in Ostdeutschland. Der Arbeitsmarkt funktioniere dort nicht, weil Sozialhilfe ohne Arbeit bereits ein Familieneinkommen von bis zu 60 % des westdeutschen Durch-

schnittslohnes garantiere. Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität bezogen auf die Erwerbsfähigen sei hingegen erst bei 55 % angekommen sei. „So etwas gibt es nirgends sonst auf der Welt. Eine solche Wirtschaft kann als Marktwirtschaft nicht funktionieren. Sie lässt für Unternehmensgewinne und Kapitalerlöshungen keinen Spielraum“, kritisierte Sinn.

Wesentlich positiver beurteilte Olivier Blanchard (MIT, Cambridge/USA) die Beschäftigungsperspektiven. Die Arbeitsmärkte seien in den 90er-Jahren bereits in erheblichem Maße dereguliert worden. Von einer spürbaren Deregulierung könne hier zu Lande nicht ernsthaft die Rede sein, befand hingegen Karl-Heinz Paqué (Magdeburg). Die optimistischen Beschäftigungsprognosen, die Blanchard generell für die EU-Staaten aufgestellt hatte, seien für Deutschland nicht realistisch.

Am Rande der wissenschaftlichen Tagung ehrte der Verein gestern Abend den 39-jährigen Nachwuchswissenschaftler Kai Konrad von der FU Berlin mit dem Gossenpreis. Der Finanzwissenschaftler gehöre „zu den meistzitierten Ökonomen im deutschen Sprachraum“.

### ZUR PERSON

Der Verein für Socialpolitik erhält einen neuen Vorsitzenden: den Nationalökonom Martin Hellwig. Nach Handelsblatt-Informationen soll Hellwig heute zum Nachfolger von Ifo-Chef Hans-Werner Sinn gewählt werden. Sinn hatte den Verein drei Jahre lang geleitet und mit zahlreichen Initiativen das leicht angestaubte Image der Vereinigung aufpoliert. Der 50-jährige Hellwig gilt als ausgezeichneter Theoretiker. Seinen guten Ruf hat er sich in der Analyse von Finanzmärkten und der Geldpolitik erworben. Seit 1996

forscht und lehrt Hellwig an der Universität Mannheim, nachdem er zuvor viele Jahre an renommierten Universitäten auch in den USA und in der Schweiz gearbeitet hatte. Zunehmend hat Hellwig sich in den vergangenen Jahren auch der wirtschaftspolitischen Beratung gewidmet. Seit August dieses Jahres ist er Vorsitzender der Monopolkommission. Hellwig gehört zudem dem Wissenschaftlichen Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium und dem Kronberger Kreis liberaler Ökonomen und Juristen an. wmu